



Das Kriegsgeschrei gegen den Iran wird immer lauter. In den letzten Wochen wurde über die Medien den Menschen im Westen eingebleut, es ginge nur noch um die Frage, ob der Angriff auf den Iran von der israelischen oder von der US-Luftwaffe gestartet wird.

Der Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu in Washington diente dazu, die Schwelle für den längst geplanten Krieg weiter zu senken. Für ein militärisches Atomprogramm des Iran gibt es keinen wirklichen Beweis. Im Gegenteil: Selbst westliche Geheimdienste gehen davon aus, dass derartige Planungen vor Jahren aufgegeben wurden. Während der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in gezielten Vorabveröffentlichungen westlicher Medien "angesext" wurde, um eine dramatische Steigerung der Urananreicherungskapazitäten des Iran zu unterstellen, enthielt der Bericht in Wahrheit keine wirklichen Neuigkeiten. So berichtete die New York Times auch Ende Februar, dass jüngste Erkenntnisse die Einschätzung der US-Geheimdienste aus dem Jahr 2007 bestätigen, wonach Iran sein Atomwaffenprogramm vor Jahren bereits aufgegeben hatte. US-Geheimdienstdirektor James Clapper hatte Ende Januar erklärt, dass es keine Hinweise gäbe, dass das Land sich für ein Programm zum Bau einer Atombombe entschieden habe.

Der israelische Regierungschef nutzte nun seine Auftritte im US-Präsidentschaftswahkampf um die sogenannte "Rote Linie" zu verschieben: Bereits die "technische Fähigkeit" zum Bau einer Atombombe sollte als Kriegsgrund fixiert werden. Eine Fähigkeit, die mehr als drei Dutzend Staaten besitzen - darunter auch die Bundesrepublik Deutschland.

Nach Medienberichten hat sich Obama auf dieses Spiel nicht eingelassen. Gleichzeitig ist aber zu hören, die USA würde Israel mit Waffen

aufrüsten, die auch verbunkerte Ziele zerstören können und gleichzeitig Tankflugzeuge für Kampfjets liefern. Eine offensichtliche Einladung zu einem militärischen Himmelfahrtskommando gegen iranische Atomanlagen. Auch die Spekulation, der Kriegsbeginn werde nur bis nach der US-Wahl verschoben, wird eifrig genährt.

Die EU spielt das gefährliche Kriegsspiel aktiv mit. Mit der Entscheidung, iranische Ölimporte zu verbieten und die iranische Zentralbank zu boykottieren, legt sie eine weitere Lunte an das Pulverfass.

Keine Sanktionen gegen den Iran! Keine weiteren Kriegsdrohungen!

Verhandeln statt Erpressen!

Keine Lieferung von Angriffswaffen an die israelische Armee!

Für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten!

Zwar wird der Konflikt der imperialistischen Mächte mit dem Iran seit zehn Jahren vor allem über die Atomfrage öffentlich ausgetragen - tatsächlich aber befindet sich der Iran schon seit Jahrzehnten im Visier der USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die USA von Großbritannien die Rolle des Aufsehers über die ölreiche Golfregion. Lange Zeit setzten sie dabei auf zwei blutige Diktaturen: Die Saudis und den Schah von Persien. "Im Iran errichteten

sie das Paradebeispiel eines korrupten und brutalen Marionettenregimes. Gefüttert mit hoher Militär- und Wirtschaftshilfe sowie gestützt durch einen rücksichtslosen Geheimdienst, machten sie den Schah für die nächsten 25 Jahre zur starken Figur im Land - und zu einem der verhasstesten Diktatoren der islamischen Welt." (Die Zeit, 14.08.2003)

Als der Schah 1979 gestürzt wurde und der Iran nicht länger als verlängerter Schlagstock der Mächtigen in Washington funktionierte, geriet das Land auf die Abschussliste. Seit dieser Zeit arbeiten US-Politiker, Geheimdienste und Militärs am "Regime Change". Die imperialistische Supermacht betrachtet die Golfregion als Gebiet eigener "vitaler Interessen". Eine unabhängige Regionalmacht, die über bedeutende Öl- und Gasvorkommen verfügt, darf es nach dieser Doktrin nicht geben. Dafür wird notfalls Krieg geführt. Egal ob dabei Zehn- oder Hunderttausend Menschen ihr Leben lassen müssen.

Terrorismus

(ist nur das, was die anderen tun)

Das Justizministerium der Vereinigten Staaten von Amerika definiert "Terrorismus" wie folgt: "Terrorismus ist nach dem Code of Federal Regulations definiert als der ungesetzliche Gebrauch von Gewalt gegen Personen oder Eigentum mit dem Ziel, eine Regierung, die zivile Bevölkerung oder eine gesellschaftliche Gruppe einzuschüchtern oder Druck auszuüben in der Verfolgung von politischen oder sozialen Zielen".

Würde das Ministerium seine eigene Definition konsequent anwenden, hätte es mehrfach Präsidenten der USA, Minister, ganze US-Regierungen und Führungsstäbe von Ministerien verhaften müssen.